



Dr. Elisabeth Merk

## Die Rolle der Kommunen im Stadtumbau

### Verantwortung – Konzepte – Erwartungen

**Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der vhw-Expertengruppe „Stadtumbau Ost – Stadtumbau West im Vergleich“<sup>1</sup> und ihrer Tätigkeit als Leiterin des Stadtplanungsamtes in Halle/Saale kommt die Autorin zu dem Ergebnis, dass die Kommunen als Hauptbetroffene des Stadtumbaus keine Chance haben, die Ursachen des Schrumpfungsprozesses zu beeinflussen: Hier Veränderungen herbeizuführen, ist entweder per se Illusion (Stichwort demographische Entwicklung) oder liegt außerhalb der Planungshoheit der Kommunen. Vielmehr handelt sich um gesamtgesellschaftliche Probleme mit vielschichtigen Wechselwirkungen von Ursache und Wirkung.**

Betrachtet man parallel die desolante Finanzlage der Kommunen, müsste der Titel lauten: „Mehr Stadtumbau mit weniger Geld.“ Und deshalb steht am Anfang die Frage: Ist Stadtumbau eine Pflichtaufgabe der Kommune? Diese Frage kann nur mit Ja beantwortet werden. Doch was bedeutet dies nun für das Gestalten des Stadtumbauprozesses in einer Kommune?

Vorneweg steht die Frage nach Entscheidungskompetenzen gerade dort, wo die klassischen Steuerungsinstrumente der Planungsmethoden zugunsten eines prozesshaften Handelns wie im Stadtumbau in den Vordergrund treten.

Wer kann die Weichen richtig stellen? Wer sind die handelnden Akteure und wie wird die Verantwortungsteilung geregelt? Das sind grundlegende Fragen, die einer Klärung bedürfen. Nicht zuletzt auch müssen Erwartungen und Ziele gemeinsam definiert werden und die Grenzen eines kooperativen Verfahrens erkannt werden.

## Verantwortung

### Ziele definieren

Die Kommunen waren die treibende Kraft, auf diese schwierige Aufgabe hinzuweisen. Erst unter diesem Druck von unten entstand das Stadtumbau-Ost-Programm der Bundesregierung, so dass die ostdeutschen Kommunen in Anspruch nehmen können, hier ihrer aktiven Verantwortung gerecht geworden zu sein.

Die Kommune als Basissäule der Demokratie ist der Ort, wo die strukturellen und demographischen Probleme der Gesellschaft als erstes zu Buche schlagen. So verstanden handelt es sich bei dem Themenkomplex Stadtumbau nicht nur um ein städtebauliches Problem, sondern um ein gesamtgesellschaftliches. An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass auch Wachstum ein schwer zu steuerndes Problem darstellt und andererseits Schrumpfen nicht nur Stillstand bedeutet, sondern gleichzeitig einen hochdynamischen Wandlungsprozess darstellt.

Die Kommunen stehen daher in der Verantwortung, die Ziele der Stadtentwicklung neu zu definieren. Steuerung kann nicht als rigides Element verstanden werden, sondern gleicht vielmehr einem langfristigen Prozess nach dem Motto: „Die Segel richtig setzen und im Kurs flexibel bleiben ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren.“ Es geht also um einen ständigen Abgleich zwischen der langfristigen Strategie und den Notwendigkeiten eines pragmatischen kurzfristigen Handelns vor Ort.

### Beteiligungsprozesse organisieren

Damit dies gelingen kann, ist es unverzichtbar, im Sinne eines integrierten Handelns die notwendigen Schwerpunkte in der Stadtentwicklung zu setzen und gleichzeitig klare Entscheidungen von der Politik einzufordern.

Neben der Verwaltung steht also die Politik in der Verantwortung, sich zu Prioritäten zu bekennen – auch dort, wo dies im Sinne des integrierten Handelns Einschnitte an anderen Stellen abverlangt. Abriss ist und bleibt unpopulär.

Dazu sind Beteiligungsprozesse in hoher Qualität zu organisieren. Neben dem Erfordernis, innerhalb der Verwaltung von einer sektoralen Betrachtungsweise wegzukommen (die Stadt Halle hat hierfür unterschiedliche Arbeitskreise fachbereichsübergreifend ins Leben gerufen, z. B. zur sozialen Infrastruktur), lebt dieser Prozess von der Art und Weise der Kommunikation nach innen wie nach außen.

Dies verlangt nach einer externen Moderation, welche die Kommune in die Lage versetzt, unter Einbeziehung aller Bürger sowie der Akteure in den betroffenen Quartieren, den Partnern aus der Wohnungswirtschaft und den Privateigentümern zusammen mit der Politik einen Konsens des Handelns zu vereinbaren. Die Wohnungswirtschaftliche Plattform in der Stadt Halle, das Netzwerk Wohnen und die Gründung einer Lenkungsgruppe Stadtumbau haben in Halle hierfür ein positives Beispiel geschaffen, das nun seit 2000 erfolgreich diesen schwierigen Prozess organisiert.

<sup>1</sup> Der Beitrag beruht auf einem Vortrag der Autorin im Rahmen der vhw-Veranstaltung „Stadtumbau Ost – Stadtumbau West im Vergleich“ am 29.10.2003 in Berlin.



Abb.: Abriss eines Plattenbaus in Halle (Foto: Th. Ziegler)

## Organisationsstruktur und Beteiligungsprozess

Die anspruchsvollen und schwierigen Planungsprobleme und erst recht die damit verbundenen Steuerungsprobleme können nur im engsten Einvernehmen zwischen Stadtplanung und Wohnungswirtschaft behandelt werden. Kooperation und Konsens statt Konfrontation unter den Beteiligten, konkrete Festlegungen statt „schöner Bilder“ waren und sind erklärte Arbeitsgrundlagen. Der Aufbau einer erfolgreichen Organisationsstruktur war deshalb von Anfang an eine wichtige Komponente des gesamten Arbeitsprozesses der Stadtentwicklungskonzeption.

Ausgehend von der gesamtstädtischen Ebene wurde die Arbeitsgruppentätigkeit bis auf die Quartierskonzeptebene transformiert. Beteiligungsumfang und -formen unterliegen dabei einer ständigen Erweiterung und Veränderung.

Public-Privat-Partnership-Initiativen, die derzeit landauf landab als die Lösung vieler kommunaler Probleme gehandelt werden, verlangen ihrerseits ebenso nach Partizipation wie andere Verfahrensweisen und dürfen unter diesem Gesichtspunkt nicht unterschätzt werden.

Daher gehört eine von allen Akteuren gemeinsam getragene Öffentlichkeitsarbeit, die größtmögliche Transparenz dem Bürger gegenüber zulässt, zu den wichtigsten Instrumenten, denn: Die Bürger wollen vor allem eines – Klarheit!

## Konkrete Vereinbarungen treffen und Umsetzungsstrategien entwickeln

Um dies vertrauensvoll tun zu können, sind zwischen den handelnden Akteuren konkrete Vereinbarungen notwendig, die je nach Bundesland und Stadt verschieden in Art und Modalität gestaltet werden müssen mit dem Ziel, Umsetzungsstrategien festzulegen.

Als Beispiele seien hier genannt:

- die Zielvereinbarungen im Land Sachsen-Anhalt für kleinere Gemeinden, und die integrierten Stadtentwicklungskonzepte für alle Kommunen;
- die Wohnungswirtschaftlichen Konzepte in Brandenburg;
- die Vereinbarungen der Stadt Halle mit den Wohnungsunternehmen gemeinsam die Konzepte zu beauftragen und die Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam zu finanzieren.

Die Umsetzungsstrategien beziehen sich auf folgende Aspekte:

- räumlich zusammenhängende Bereiche definieren und im Quartier hinsichtlich Aufwertung und Abriss parallele Vorgehensweisen zu strukturieren;
- flexible Handhabung der Fördermittelvergabe (Umschichtung Mittelabruf etc.);
- Vernetzung mit anderen Vorhaben und Planungen;



- wo aufgrund der Größenordnung oder der Komplexität notwendig, analog dem Modell eines Sanierungsträgers oder Entwicklungsträgers eine Prozessbegleitung und Koordination einsetzen;
- Einbeziehen von Quartiersmanagement und Stadtteilbüros.

Stadtumbau muss vor allem für die betroffenen Bürger, die in den Umstrukturierungsgebieten leben, einen konkreten Ansprechpartner haben. Nur so kann Vertrauen in der Öffentlichkeitsarbeit gelingen.

## Konzepte

### Planungsstrategien

Es geht natürlich um Planung und deren Perspektiven, wenn wir die Stadtentwicklungskonzepte betrachten und dabei mit einer größeren Offenheit im Prozess agieren. Planung wird immer stärker zur Strategie. Es geht letztendlich um den Wandel des raumstrukturellen Leitbildes und der Planungspraxis. Am Anfang steht hier die Frage: Für welche Größenordnung von Stadt planen wir eigentlich? Die Stadt, die wir einmal waren, und die im Grundriss und den Strukturen des Stadtkörpers noch festgeschrieben scheint oder für die Stadt, die wir augenblicklich sind, wenn wir den statistischen Erhebungen vertrauen? Oder ist es nicht vielmehr die Stadt im Zeithorizont von 2015 – 2020, wo z. B. wir für Halle nicht mehr von einem Status Quo von 235.000 Einwohnern ausgehen können, sondern gemäß der Prognosen von ca. 200.000 Einwohnern?

### Wandel des baustrukturellen Leitbildes und der Planungspraxis

Die veränderten Rahmenbedingungen, in der sich die Stadtentwicklung unter dem Vorzeichen der Schrumpfung vollzieht, bringen zwangsläufig nicht nur einen Paradigmenwechsel bei den Inhalten der Planungen, sondern wirken sich auch ganz stark auf das *Wie?* der Planung aus. Als kommunalpolitisches Handlungsziel muss eine Schrumpfungsstrategie entwickelt werden, die weit über die städtebaulichen Planungen hinausgeht und alle Fragen der Infrastrukturplanung mit einschließt.

Es geht nicht um das Umsetzen formeller Planungen, sondern um aktiv begleitete Moderationsprozesse und abgestimmte Handlungsstrategien. Das raumstrukturelle Leitbild der Stadt Halle wird durch den Stadtumbau grundlegend in Frage gestellt. Hier müssen zwingend neue Vorstellungen vorbereitet werden, da sonst die informellen Planungen ins Leere driften. Klassische Planungsparameter wie Baufluchten, Nutzungsmischungen, aber auch die Kennzahlen und Richtwerte innerhalb der Bauleitplanung müssen hinterfragt und neu definiert werden.

### Infrastruktur

Auf gesamtstädtischer Ebene wird unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit eine Schwerpunktsetzung innerhalb der Infrastrukturplanung immer stärker von Bedeutung. Dies betrifft ne-

ben der technischen Infrastruktur die Versorgungsträger, den ÖPNV, ebenso wie die soziale und kulturelle Infrastruktur. Die Stadt Halle hat hier Arbeitsgruppen eingerichtet, deren abgestimmte Ergebnisse direkten Niederschlag in der Prioritätendiskussion im Rahmen der Haushaltsplanung finden.

### Stadtgestalt und Identität

Darüber hinaus muss aber auch Raum für die Auseinandersetzung mit Stadtgestalt und Identität gegeben werden. Die Frage, wie wollen Menschen in ihrer Stadt wohnen, wie identifizieren sie sich mit ihrer Stadt, wird von zentraler Bedeutung für ihre Überlebensfähigkeit.

Ist Gestaltung ein Luxus, den sich eine Stadt im Stadtumbau gar nicht leisten kann und darf? In Halle leben beispielsweise ca. 60 Prozent der Bevölkerung in so genannten Umstrukturierungsgebieten.

Die Bürger, aber auch Künstler und Initiativen in Halle haben gezeigt, dass sie sich mit dem Verschwinden von Stadt auseinandersetzen wollen. Dies artikuliert sich derzeit in vielen Projekten und zeigt auf, dass der kulturellen Dimension im Stadtumbau mehr Raum gegeben werden muss.

Viele Städte befinden sich in einer Situation, ihre Leitbilder zu hinterfragen, das kann nicht mit formellen Beteiligungsprozessen gelöst werden. Hier steckt eine nicht zu unterschätzende Chance.

Stadtumbau beginnt zuerst in den Köpfen. Nur wenn der Wertewandel auch hier bewältigt wird und neue Perspektiven gewinnt, kann die Stadt Energien für die Zukunft freisetzen.

## Rechtliche Aspekte

### Informelle Planungen

Bei der Betrachtung der rechtlichen Aspekte ist eine größere Kreativität als bisher gefordert. Sicherlich: Es gibt viele städtebaurechtliche Instrumente, die auch im Stadtumbau zum Tragen kommen können. Angesichts der engen Grenzen durch indisponible Verfahrensvorgaben der Bauleitplanung sollte der Trend zur informellen Planung nicht im undefinierten Raum verbleiben. Vielerorts müssen Flächennutzungspläne kurz nach ihrer Aufstellung bereits wieder überarbeitet werden und die Frage nach Möglichkeiten der Aufhebung von Bebauungsplänen, die in einer rasanten Halbwertszeit nicht mehr der Realität Rechnung tragen, ist hinsichtlich der rechtlichen Konsequenzen aus den daran gekoppelten städtebaulichen Verträgen noch nicht befriedigend beantwortet. Denn eines kann der Stadtumbau überhaupt nicht brauchen: Lähmung durch langwierige Rechtsverfahren. Dies behindert bereits heute die so vehement von allen Beteiligten eingeforderte Flexibilität.

### Planung auf Zeit

Baurecht auf Zeit ist eine weitere Frage, die neben den Bewältigungsstrategien für die Gegenwart Basis legen könnte für die zukünftige Planungspraxis.



### Lastenausgleich

Ebenso kann der Lastenausgleich nicht nur als ein gegenwärtig ungelöstes, leidiges Problem betrachtet werden. Die Umverteilung hinsichtlich einer Marktbereinigung und die Mitverantwortung der Eigentümer selbst muss vor allem auch in Bezug zur bereits erfolgten Gewinnabschöpfung betrachtet werden, und diese Frage gilt es sehr kritisch zu stellen, vor allem im Stadtumbau West, wo sich die Ausgangssituation erheblich von derjenigen der ostdeutschen Wohnungswirtschaft unterscheidet.

### Finanzkonzepte

Die Zukunft wird diese Frage vermutlich auch noch an anderen Stellen aufwerfen, wenn wir berücksichtigen, dass die Amortisation von Gebäuden vom Bauherrn selbst oft nur mit einer Zeitspanne von 15 Jahren angesetzt wird. Hier werden die Finanzkonzepte stärker untersetzt werden müssen, möchte man vermeiden, mit der Altlastenproblematik Leerstand in den nächsten Jahrzehnten immer häufiger konfrontiert zu werden.

### Public-Privat-Partnership

Public-Privat-Partnership-Modelle könnten für den Stadtumbau dort untersucht werden, wo vor allem Konzepte für die Innenstadt gefragt sind. Hier ergeben sich schon aus der Lage der Objekte oft Spielräume, die noch viel zu wenig ausgelotet wurden. Nur ein fein ausdifferenziertes Zusammenspiel zwischen der Verantwortung der Kommune für die öffentlichen Räume, der Gestaltung des Wohnumfeldes und den privaten Eigentümern für die Gebäude kann neue Strategien für ein Altbaumanagement hervorbringen.

Die Aufgabe der Kommune ist es, die Stadtlandschaft so umzugestalten, dass Privatinitiative überhaupt erst wieder möglich wird.

Ein Gebietsmanagement für die Innenstadtbereiche erscheint sinnvoll analog zu erprobten Modellen an anderer Stelle auch dort, wo kein förmliches Sanierungsgebiet ausgewiesen ist.

### Fördermittelstrategien

Die Fördermittelstrategien, das Prozedere der Umsetzung, muss von Seiten des Bundes und der Länder vereinfacht werden und stärker noch als bisher mit den kommunalen Haushaltsplanungen vernetzt werden.

### Schwerpunktsetzungen in der kommunalen Haushaltsplanung

Unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit und der Haushaltskonsolidierungsprozesse ist ein Bekenntnis zur Schwerpunktsetzung erforderlich (in der Stadt Halle stehen etwa 15 Prozent des städtischen Haushaltes für investive Maßnahmen zur Verfügung – und der Stadtumbau ist ja nur ein Teilaspekt). Die Eigenmittelsituation der meisten Kommunen ist so abgespeckt, dass selbst ein Erhöhen der Fördermittel von Seiten des Bundes nur bedingt Chancen hat, wenn es nicht gleichzeitig gelingt,

auch über neue Modelle der Eigenmittelfinanzierung nachzudenken.

## Erwartungen

### Raum- und Regionalplanung

Aus kommunaler Sicht muss vor allem ein Appell an Raum und Regionalplanung gerichtet werden: Sie müssen endlich in den Prozess des Stadtumbaus miteinbezogen werden. Der Rückzug aus der Verantwortung unter dem Stichwort Dezentralisierung kann nicht so verstanden werden, dass sich in den Räumen (bewusst nicht: den Städten), niemand diesem Thema stellen will. Einige der strukturellen Probleme, mit denen die Kommunen zu kämpfen haben, wurden nicht zuletzt durch eine fehlgesteuerte Raumplanung gefördert, und nur auf der Ebene der Regionalplanung können weitreichende gegensteuernde Maßnahmen entwickelt werden.

Der strukturelle Leerstand und die demographische Entwicklung wird nicht vor der heilen Welt der Einfamilienhaussiedlungen halt machen, und spätestens 2015 werden wir dies auch physisch zur Kenntnis nehmen müssen. Die Eigentümerstruktur, vor allem in den außerhalb der Kernstädte liegenden Siedlungen der neuen Bundesländer, ist überaltert. Die junge Familie ist hier nur ein untergeordneter Aspekt, was mit den Vermögensstrukturen nach der Wende zusammenhängt. Für die Generation der Erben aber wird es schwer sein, das Erbe anzutreten – es sei denn, die Perspektiven auf den Arbeitsmärkten ändern sich radikal.

Daher steckt die Chance der Nachhaltigkeit im Stadtumbau auch darin, tatsächlich auf Innenentwicklung zu setzen, auf weniger Landverbrauch durch Nachnutzung. Nimmt man das Ziel des Bundes ernst, in Zukunft nur noch 30 Hektar täglich an Neuversiegelung zuzulassen und die Bestrebungen, die der eigens dafür gegründete Nachhaltigkeitsbeirat formuliert, so muss daraus die Konsequenz gezogen werden, dass die Nachverdichtung und Nachnutzung zu Lasten anderer Förderfelder gestärkt werden muss, denn sie ist ohne Zweifel immer noch teurer als der Neuverbrauch von Land.

Doch was passiert in einer Stadt, die von allem zu viel hat: zu viel Flächen, zu viel Baurecht, zu viel Platz, nur von einem nicht – Menschen?

## Nachhaltigkeit

Nachnutzung von Flächen ohne Bedarf an neuen Nutzungen erscheint so noch aussichtsloser. Die große Chance besteht hingegen (dreht man den Kopf um 180 Grad weg von der Nachnutzung im Sinne von Gewerbe und Wohnen) im Landgewinn!

Dies ist keineswegs nur ökologisch zu sehen, sondern auch wirtschaftlich, und unter diesem Gesichtspunkt stellt sich die Frage der Nachhaltigkeit im Osten etwas anders. Die ostdeutschen Kommunen sind gerade dabei, ihre durchaus nachhaltigen Strukturen, vor allem was Dichte anbelangt, radikal zurückzu-



bauen mit allen negativen Konsequenzen für die Wirtschaftlichkeit ihrer Infrastruktursysteme.

Ostdeutsche Großstädte wie Halle verlieren innerhalb von 20-30 Jahren, 80.000 vielleicht 100.000 Einwohner – was einer Mittelstadt wie Weimar entspricht! Dieser Bevölkerungsverlust hat natürlich massive Folgen für alle daran hängenden Funktionen und Nutzungen. Für die Stadt Halle bedeutet dies, dass auch „der Rest“ umgebaut werden muss, um etwa der Verteuerung der Nebenkosten zu begegnen.

## Neue rechtliche Wege

Daraus leiten sich aber auch Fragen für die Zukunft ab, die über das derzeitige ostdeutsche Problem des Wohnungsleerstands hinausweisen. Wie gehen wir in Zukunft mit Bauherren um, die uns schon vor dem ersten Spatenstich erklären, die Immobilie rechne sich nur für 17 Jahre, dann müsse man Verluste erwarten, die dann am Ende wieder zu Lasten der Gemeinschaft gehen und mit Fördermitteln aufgefangen werden müssen?

Analog den Modellen, die in der Industrie bereits Gang und Gäbe sind, wäre es sinnvoll, über Konzepte der Nachnutzung nachzudenken und Rückbau bzw. Flächenwiederherstellungsverpflichtungen mit in die städtebaulichen Verträge aufzunehmen. Warum nicht die Rücknahmepflicht, das Haus mit dem gelben oder grünen Punkt? Es mag provokant klingen und doch sind hier neue kreative Wege gefordert.

## Finanzstrategien

Gleiches gilt, wie vorher bereits beschrieben, für die Fördermittelstrategien: Flexible Handhabung ist nach wie vor das Zauberwort, und die Banken als dritte Beteiligte im Prozess sollten endlich ihrer Verpflichtung nachkommen, sich aktiv in den Stadtumbau miteinzubringen. Es gibt nichts zu beschönigen: Der Rückbau bedeutet erst einmal Eigentumsvernichtung. Die Altschuldenproblematik ist nach wie vor unbefriedigend geklärt und wenn noch lange in Wartestellung verharrt wird, brechen die potenziellen Partner, die handeln können, weg. Das heißt im Klartext, wir haben dann für den Stadtumbau keinen Adressaten mehr, wenn wir nur noch insolventen Partnern gegenüberstehen, dann helfen auch Fördermittelzuweisungen nichts mehr. Daher das Fazit: Die Banken müssen zu wirklichen Beteiligten werden.

## Wirtschaft und Denkmalpflege

Zu guter Letzt sind noch zwei weitere Partner zu benennen, die bisher nur marginal ihre Kompetenzen in den Stadtumbau

eingebraucht haben, aber dringend mit einzubeziehen sind: die Wirtschaft und die Denkmalpflege.

Die Wirtschaft – und nicht nur die Wohnungswirtschaft – ist gefordert: Im Stadtumbau geht es doch nicht in erster Linie um ein städtebauliches Problem (auch wenn die Folgen hier verheerend sind), die Ursachen liegen woanders. Dem Strukturwandel kann nur mit integrierten wirtschaftspolitischen Konzepten etwas entgegengesetzt werden.

Es genügt nicht, mit Programmen der Sozialen Stadt oder URBAN von Arbeitsplatzbeschaffung zu reden und sich auf kleine lokale Ökonomien zu fixieren, die den Status zartester Pflänzchen genießen, ohne den zweifelsfrei wichtigen Beitrag dieser Programme zur Stadtteilentwicklung schmälern zu wollen. Auf kommunaler Ebene hegt man den Anspruch, alles vernetzen zu wollen. Doch schon bei Regierungspräsidium und Land herrscht weiterhin sektorale Denken vor, hier fordern die Kommunen ein längst überfälliges Umdenken.

Auch die Denkmalpflege, sicher der wichtigste Verbündete im Kampf für den Erhalt der Innenstädte, muss den Mut haben, sich von der Mentalität der Stellungnahme und Vermerke verfassenden Institution zu verabschieden und sich zu einer aktiven Denkmalpflege zu entwickeln, die auch Teil hat an Prozessen, die über das Einzeldenkmal und den Denkmalbereich hinausgehen. Gesamtstädtisches Denken und Handeln ist gefordert. Nur so kann es gelingen, in den stadtplanerischen Konzepten der zum Teil beachtlichen historischen Bausubstanz wie in Halle gerecht zu werden, auch unter dem Vorzeichen Stadtumbau.

Gerade die Denkmalpflege kann die Rolle mit übernehmen, sichtbar zu machen, dass es hier um mehr geht als um Marktberreinigung, nämlich um die Gesamtheit eines kulturellen Erbes der europäischen Stadt, das die Grundstruktur unserer Städte geprägt hat. Die Stadt, die Menschen, die in den Städten leben, die Wahrnehmung ihrer Umwelt, ihrer Geschichte kann eben nicht als etwas Abgeschlossenes verstanden werden, sondern muss vielmehr als die lebendige Tradition der europäischen Stadt begriffen werden, die sich ständig erneuert und umbaut und es dabei versteht, Neues zu integrieren.

Dr. Elisabeth Merk

Leiterin des Stadtplanungsamts der Stadt Halle/Saale